

## Zusammenfassung

### **Anzeigepflicht für Steuergestaltungen und verbindliche Auskunft nach § 89 Abs. 2 AO**

Die Fortentwicklung des Auskunftswesens als Chance im Kampf gegen missbräuchliche Steuergestaltungen

vorgelegt von Benedikt Kruse

Als missbräuchlich erachtete Steuergestaltungen gelten in der heutigen Zeit gemeinhin als eine der Hauptursachen für fiskalische Mindereinnahmen und stellen Gesetzgeber rund um die Welt vor Herausforderungen. Zahlreiche Länder haben darauf mit der Einführung einer Anzeigepflicht für Steuergestaltungen reagiert, darunter auch Deutschland.

Die Anzeigepflicht für Steuergestaltungen vermag jedoch in ihrer gegenwärtigen Form die mit ihr verbundenen Erwartungen, nämlich durch sie missbräuchliche Steuergestaltungen aufdecken zu können, nicht hinreichend zu erfüllen.

Ziel dieser Arbeit ist es daher, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, ob unter Berücksichtigung der Regelungswirkungen der Anzeigepflicht für Steuergestaltungen die mit der Anzeigepflicht verfolgten gesetzgeberischen Ziele gefördert werden können, indem dem Steuerpflichtigen verbindliche Auskünfte für anzuzeigende Steuergestaltungen gewährt werden.

Durch die Analyse der Anzeigepflicht für Steuergestaltungen und ihren Abgleich mit der verbindlichen Auskunft nach § 89 Abs. 2 AO soll möglicher gesetzgeberischer Handlungsbedarf zur besseren Umsetzung der Anzeigepflicht identifiziert werden. Die vorliegende Arbeit dient dazu, sowohl Zweifelsfragen im Anwendungsbereich der Anzeigepflicht für Steuergestaltungen zu klären als auch dem nationalen Gesetzgeber konkrete Reformvorschläge für eine sinnvolle Fortentwicklung des Rechts der verbindlichen Auskunft vorzulegen.